

Der Gewerksverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine
sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften.
(Eigentum des Verbandes.)

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementpreis: durch die Post bezogen 1 M. — Unter Bezugnahme 1 M. 25 Pf. — Alle Postämter, für Berlin alle Zeitungs-Expeditoren, nehmen Bestellungen an. — Preisliste pro Heft: Geschäftsang. 25 Pf., Familienang. 15 Pf., Vereinsangelegen. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion u. Exped.: N.O., Greifswalderstr. 221/22. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
von
Dr. Max Sirsch.

Bei Abonnement von unabh. 3 Grund. unter einer Adresse tritt für Nichtmitglieder der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein. welche franco an den Verbandsdirektor Rudolf Klein, N.O., Greifswalderstr. 221/22, einzuweisen sind. Für Mitglieder 25 Pf. pro Exemplar. Bei obigen Abonnement teils der Gewerksvereine 25 Pf. pro Exemplar. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 18.

Berlin, 31. März 1905.

Siebenunddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Die badische Fabrikeninspektion für 1903. — Das Heilverfahren nach dem Invalidentversicherungsgesetz. — Berliner Statistik. — Arbeiter, Vorkarbeiter und Handwerker in den Eisenbahnwerkstätten. — Wochenschau. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände. — Gewerksvereins-Heft. — Verbands-Heft. — Anzeigen-Heft.

Dr. E. E. Die badische Fabrikeninspektion für 1903.

Mit dem soeben erschienenen Jahresberichte der Großherzoglich Badischen Fabrikeninspektion*) ist diese Aufsichtsbehörde in das zweite Vierteljahrhundert ihrer segensreichen, dem Schutze der Arbeiter gewidmeten Wirksamkeit eingetreten. Sehr begierig waren wir deshalb, zu sehen, ob der im vorigen Jahre auf Seite 8 angekündigte zusammenfassende Bericht über die fünfundwanzigjährige Tätigkeit der Fabrikeninspektion in Baden nunmehr im Drucke erschienen ist. Leider giebt hierüber der neueste Bericht, wie dies doch am Plage gewesen wäre, keine Auskunft. Es darf deshalb wohl mit Zug und Recht angenommen werden, daß diese so hochwichtige sozialpolitische Publikation das Licht der Öffentlichkeit nicht erblüht hat. Mit dem Ausdruck des Bedauerns hierüber, geben wir der Hoffnung Raum, daß dies noch im Laufe dieses Jahres geschehen möge. Es wird dann gewiß noch Gelegenheit sein, auf diesen mit Spannung zu erwartenden amtlichen Bericht zurückzukommen.

Im vorliegenden Berichtsjahre hatte sich der Kreis der von der Fabrikeninspektion zu bewältigenden Aufgaben so erheblich erweitert, daß der Beamtenstand derselben um zwei vermehrt wurde. In Baden fungieren jetzt im Ganzen acht Beamte, darunter ein weiblicher, Frau Dr. Baum, der im letzten Jahre auch formell als Fabrikeninspektor ernannt wurde.

Bemerkenswert und zugleich erfreulich ist es, wenn von amtlicher Stelle in Baden anerkannt wird, daß die sachlichsten Beschwerden von den Arbeiterorganisationen und -Vertretungen einlaufen. Was wohl die Kollegen in Sachen über diese freie Äußerungen denken mögen? Es wird noch besonders betont, daß hier das Material gut vorgeprüft sei, wodurch der Fabrikeninspektion ihre Arbeit sehr erleichtert werde.

Dem Verhältnis der Arbeitgeber zur Fabrikeninspektion wird heuer ein erheblich breiterer Raum gewidmet, als dies sonst der Fall war. Diese Abweichung von dem bisherigen Brauch wird damit begründet, daß in dem Verkehr mit einzelnen Arbeitgebern recht wenig erfreuliche Erscheinungen auftraten, die in einem starken Gegensatz stehen zu dem Grundton, auf den sich das soziale Empfinden der fortgeschrittenen Industrie abgestimmt habe. So mußte einem Fabrikanten das Ansuchen mit Recht abgelehnt werden, daß im Falle der Behinderung oder Abwesenheit des technischen Direktors der Beamte die Fabrik erst betreten solle, nachdem die aus dem dreiviertel Stunden entfernten Hauptbureau herbeigekommene Persönlichkeit erschienen sei. Was soll man zu dem tadeldreisten Vorgehen eines Mühlenbesizers (Name? Der Verf.) sagen, der den revidierenden Beamten durch Vorlage eines Sonntagsarbeitsverzeichnis aus einem früheren Jahre zu täuschen suchte, nachdem er fast unter den Augen des Beamten die Jahreszahlen abgeändert hatte. Er entging einer Verfolgung wegen Urkundenfälschung nur, weil zu seinen Gunsten angenommen wurde, daß er in der Bestätigung gehandelt und keinen Begriff von der Tragweite seines Tuns gehabt habe. Welche milde Behandlung und Beurteilung in der That, wenn man noch dabei erwägt, daß der Mühlenbesitzer sich vollkommen ließ, die Vorschriften als „einfältiges dummes Zeug, das keinen Rinde einfallen würde“ zu bezeichnen!

Die Leitung eines Unternehmens, dessen Ueberarbeitensgesuch von der Fabrikeninspektion abgelehnt worden war, bezeichnete die sachlichen Ausführungen derselben als „inhaltlich unhaltbar und in der Form

verleend“ und verwies dabei „auf die zwischen uns bestandenen ungetriebenen Beziehungen“. Die Ansprüche der Fabrik (welcher? Name. Der Verf.) wurden mit dem Bemerten bestimmt zurückgewiesen, daß, so gern die Aufsichtsbehörde mit den Industriellen in guten Beziehungen stehe, sie doch keinen Augenblick zaudere, ihre Pflicht zu thun, auch wenn das Ergebnis für den Fabrikanten nicht angenehm sei. „Ungetriebene“ Beziehungen durch eine entgegengesetzte Auffassung zu erhalten, das werde die Fabrikeninspektion jederzeit ablehnen.

In ihrer Mehrzahl entbehren solche Zwischenfälle nicht einer gewissen symptomatischen Bedeutung. Sie sind zum Teil als eine Reaktion gegen die intensivere Gewerbeaufsicht, zum Teil auch als Ausdruck der vorgefaßten und durch nichts begründeten Ansicht zu betrachten, daß die badische Gewerbeaufsicht abflaute und die Handhabung kräftigen Arbeiterschutzes an leitender Stelle keine genügende Etage mehr finde.

Es ist hoch erfreulich, wenn die Gewerbeinspektion noch als Abwehr betont, daß sie — nicht in letzter Linie im Interesse der Arbeiterschaft — sich mit der Industrie in ein gutes Verhältnis setze, daß sie jedoch die unverhehlte Abneigung nicht fortgeschrittener Arbeitgeber einem „guten“ Verhältnis vorziehen müsse. Wahrlich von diesen sozialpolitischen und arbeiterfreundlichen Gesinnungen getragen, tritt die jetzige Fabrikeninspektion wieder in die Fußstapfen Wörrißhofers! Aber auch sie muß wie er, wie dargezogen wurde, einen energischen Kampf gegen das widerstrebende Unternehmertum aufnehmen.

Betrachtet man die Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter, so beträgt deren Zahl 17 139 (gegen 15 950 im Vorjahre). Wiederrum stehen hierbei die Cigarrenindustrie mit 4035 (gegen 3839 im Jahre 1903) und die Textilindustrie mit 2937 (gegen 2982 i. V.) obenan. Besonders stark ist dort der Prozentsatz der weiblichen jugendlichen Arbeiter. Er beträgt bei der Cigarrenindustrie 67,8 pCt. (gegen 66,7 pCt. im Vorj.), bei der Textilindustrie 64,5 pCt. (gegen 65,6 pCt. im Jahre 1903).

Der Beschäftigungsgrad der weiblichen jugendlichen Arbeiter beträgt im Durchschnitt 49,2 pCt. (gegen 48,0 pCt. im Vorjahre).

Was nun die Handhabung der für die jugendlichen Arbeiter erlassenen gesetzlichen Bestimmungen betrifft, so wurden in ländlichen Cigarrenfabriken volksschulpflichtige Kinder bei der Arbeit betroffen, deren Beschäftigung auf Grund von Arbeitskarten das Bürgermeisteramt in mißverhältnißlicher Auffassung der Bestimmungen des Gesetzes betr. Kinderarbeit vom 30. März 1903 für zulässig erachtet hatte. Die Weiterbeschäftigung der Kinder wurde sofort unterjagt.

Gegen das freisprechende, jetzt noch zur endgültigen Entscheidung dem Oberlandesgericht überwiesene Urteil, wonach es gestattet sein soll, daß ein volksschulpflichtiger Knabe seinem mit der Anfertigung von Backsteinen beschäftigten Vater als Abträger behilflich sein darf, wird mit Recht eingewendet, daß bei konsequenter Durchführung dieser Rechtsprechung der Umgehung der durch das Gesetz der Kinder erlassenen Gesetze Thür und Thor geöffnet wäre.

In Dampfzageleien war die Art der Beschäftigung mehrfach zu beanstanden, indem den jugendlichen Arbeitern beiderlei Geschlechts Arbeiten zugemutet wurden, denen ihr Organismus nicht gewachsen sein konnte. So wurden in einer großen Menge der Transport der gesamten Falzriegel von den Pressen zu den Trockenstellen durch Knaben von 14—17 Jahren besorgt, indem diese mit Riegeln angefüllte Tragkörbe im Gewicht von 20—25 kg erhebliche Strecken weit, sogar treppaufwärts, auf dem Rücken schleppen mußten. Die Kinder waren ganz blaß und athemlos vor Anstrengung und der Schweiß stand ihnen auf der Stirn.

Auf die Unzulänglichkeiten, welche aus der Abschließung langfristiger Lehrverträge in der Cigarrenindustrie für die Arbeiter erwachsen, ist schon öfters, so auch im Vorjahre hingewiesen worden. Deshalb verdient es alle Anerkennung, daß die Fabrikeninspektion durch eine Enquete diese Frage einer nochmaligen eingehenden Prüfung unterzogen hat. Das Ergebnis derselben geht

*) Karlsruhe 1906. Ferd. Hergarten. 140 G. (Nr. 240.)

zu lassen. — Abdam folgte eine Aussprache über den Delegirten tag. Genosse Böttner beantragt: Auf die Diäten seitens der Vorstandsmitglieder zu verzichten und dieselben den Ortsvereinen von Stettin und Umgegend mitzutheilen, mit dem Ersuchen ein Gleiches zu thun. Der Antrag wird einstimmig angenommen. Ferner soll seitens des Vorstandes beantragt werden, ersparnißhalber den Delegirten tag nur alle drei Jahre stattfinden zu lassen, jedoch zur Erledigung von wichtigen Fragen sollen auf Antrag eines Drittels der Vorstandsmitglieder kombinierte Ausschüßungen einberufen werden. Von Genossen Böttner wird ferner beantragt auf die Tagesordnung zu setzen: Ist es notwendig, einen besoldeten Beamten anzustellen? Der Antrag wird einstimmig angenommen. Mit dem Referat wird Genosse Böttner beauftragt. Ferner wurde beschlossen, in der Einladung an den Centralrath den Antrag zu stellen, daß der Vertreter ein geeignetes Referat übernimmt. Auch sollen sämtliche Generalräthe eingeladen werden mit der gleichzeitigen Anfrage, wie sich dieselben zu einem Zuschuß zur Bestreitung der Kosten für einen angestellten Beamten stellen.

Einige Agitationsangelegenheiten werden dem Schriftführer zur Erledigung aufgegeben.
Die nächste Sitzung findet am 26. März, Nachm. 2 1/2 Uhr, bei Engelle statt. Schluß 6 Uhr.
A. Piegler, Schriftführer.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.) Sitzung jeden Mittwoch, Ab. 8 1/2-10 1/2 Uhr im Verbandsbause der Deutschen Gewerksvereine, NO., Greifswalderstraße 221/223. Gäste stets willkommen. — **Zängerkor der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.)** Jeden Donnerstag, Ab. 9-11 Uhr Übungsstunde im Verbandsbause der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Sonnabend, 25. März. Maschinenbau- und Metallarbeiter I.** Ab. 8 1/2 Uhr, Fiebigs Festsaal (unterer Saal), Ackerstr. 6-7. E.-D.: Vortrag des Kollegen Klavon: Was lehrt uns der Bergarbeiterstreik? — **Maschinenbau- u. Metallarbeiter II.** Ab. 8 1/2 Uhr, Kruischstr. 86 a. Vortrag des Lehrers Diekmann: Leben und Treiben der Schwaugler an der russischen Grenze. Anträge zum Delegirten tag u. a. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Gohlte, Neufeststr. 22. Vortrag über den Gürtlerstreik. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter IX.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Schubert, Stettinerstr. 50. E.-D. das. — **Klempner und Metallarbeiter I.** Ab. 8 Uhr, Kottbusserstr. 4 a. Vortrag des Lehrers A. Porschel: Geschäftliche Ummwälzungen und ihre Bedeutung für das

arbeitende Volk. — **Klempner u. Metallarbeiter II.** Kastranten-Allee 28. — **Graphische Verufe und Maler I.** Ab. 8 1/2 Uhr im Restaurant Golecki, Neue Grünstr. 28. E.-D.: Mittheilungen. Verschiedenes. — **Fabrik- und Handarbeiter III.** Ab. 8 1/2 Uhr bei Willmer, Emdenerstr. 51. E.-D.: Protokolle. Vortrag des Agitationsleiters Kollegen Brede: Grundriss und die Vortheile der Agitation. Verschiedenes. — **Sonntag, 26. März. Fabrik- und Handarbeiter V.** Nachm. 4 1/2 Uhr bei Kranz, Dunderstraße 8. E.-D.: Verlesung der Protokolle. Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag des Agitationsleiters E. Dunderach über: Ist es notwendig, daß wir Fabrik- und Handarbeiter Branchen-Versammlungen besuchen? Nachdem innere Vereinsangelegenheiten. — **Mittwoch, 29. März. Konditoren III.** Generalvers. Rosenthalerstr. 39. — **Sonnabend, 1. April. Bauhandwerker.** Ab. 9 Uhr bei Bayer, Fischstr. 25. — **Donnerstag, 6. April. Graph. Verufe u. Maler.** Abds. 8 1/2 Uhr bei Gerth, Blücherstr. 66. — **Nigdorf. Klempner u. Metallarbeiter.** Sonnabend, 25. März, Ab. 8 1/2 Uhr bei Gröpler, Pergstr. 147. — **Friedrichsberg.** Sonnabend, 25. März, Ab. 8 1/2 Uhr Versammlung bei Bischof, Kranfurter Allee 165. E.-D.: Mittheilung. Wahl d. Sekretärs. Vortrag mit Damen. Verschiedenes.

Orts- und Medialverbände.

Magdeburg. Sonnabend, 25. März, Ab. 8 1/2 Uhr, Versammlung der Hilfs- und Krankenkasse im Lokale „Der Jahreszeiten“, Große Münzstr. — **Oberhausen und Umgegend (Ortsverband).** Sonntag, 26. März, Nachm. 6 Uhr Vertretertag im Lokale des Wirths August Kirder, Oberhausen, Stöckmannstr. E.-D.: Definitive Gründung eines Distriktsklubs. — **Hann. (Ortsverband).** Sonntag, 26. März, Nachmittags 4 Uhr in Wiescherhöfen beim Wirth Weidmann öffentl. Versammlung. Referent: G. Lange-Dortmund. — **Köln (Ortsverband).** Sonntag, 26. März, Nachm. 5 Uhr Ortsverbandsversammlung in Köln-Eindenthal, Restaurant Stammel, Dürerstr. 274. E.-D.: Protokoll. Geschäftliches. Vortrag des Genossen Lutz über die Bedeutung der Ortsverbände innerhalb unseres Gewerksvereins Verschiedenes. — **Fürstentum, Spree (Ortsverband).** Sonnabend, 8. April, Ab. 8 Uhr, Ortsverbandsversammlung im kleinen Saale des Gesellschaftshauses.

Veränderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis. Berlin IX. Theodor Grünner, Kassirer, vom 1. April ab: Grünthalerstr. 7, hinter Seitenh. III Tr.; Gust. Henke, Sekretär, vom 1. April ab: Berlin N., Wiesenstr. 29, vorn IV Tr. links.

Anzeigen-Zeitung.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Sonntag, 23. April 1905 (1. Osterfeiertag)

Große Matinee

in den Prachträumen des Verbandsbause
Greifswalder Straße 221/23
veranstaltet vom

Centralrath der Deutschen Gewerksvereine (S.-D.)
zum Besten des

Central-Arbeitsnachweises

der Berliner Ortsvereine.

Die Chorgesänge werden von der Gesangs-Abtheilung des „Vereins der Deutschen Kaufleute“ vorgetragen.

Anfang pünktlich Mittags 12 Uhr. Entree 30 Pfg.

Zu recht zahlreicher Theilnahme ladet hierdurch ein
Das Bureau des Centralraths.

Krefeld u. Umg. (Ortsverband). Durchreisende Genossen erhalten eine Unterstüßung von 50 Pfg. Meldung bei Wilh. Haack, Krefeld, Vereinsstraße 61.

Lippstadt (Ortsverband). Durchreisende Verbandsgenossen erhalten 50 Pfg. Reiseunterstüßung beim Kassirer des Ortsverbandes Anton Ditt, Lippstadt, Westertösterweg.

Dortmund (Ortsverband). Durchreisende Verbandskolleg. erhalten 75 Pfg. Unterstüßung beim Kollegen Heinrich Lange, Baumstr. 17. Arbeitsnachweis ebenda.

Erfurt (Ortsverband). Durchreisende Verbandsgenossen erhalten 50 Pfg. Unterstüßung beim Ortsverbandskassirer Strobel, Blumenstr. 9.

Kunstlerische Ausführung
Billigste Preise

Wereinsfahnen
Chäppen
Fahnenbänder
Vereinsabzeichen etc.

CARL NEFF'S Fahnenfabrik
KUNSTSTICKEREI

BIBERACH Würtbg. Waldseerstr.

Greifswald (Ortsverband). Durchreisende Mitglieder erhalten 75 Pfg. bei E. Kestle, Wilhelmstr. 5.

Sera (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Verpflegungsgeld bei Emil Stebner, Reußstr. 30.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine.

Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:

Festschrift zum 70. Geburtstag des Anwalts von Karl Hahn und Karl Goldschmidt. Preis 10 Pfg.

Verbandsstagsprotokoll von Hannover. Preis 50 Pfg.

Rechtsfaden zum Gewerbevertragsgesetz von Dr. Max Hirsch. Preis 30 Pfg.

Beweisführer durch die Unfallversicherungsgesetze von Karl Goldschmidt. Preis 30 Pfg.

Der gesetzliche Arbeiterschutz im Deutschen Reich von Dr. Max Hirsch. Preis 30 Pfg.

Fragebüchlein zum Invaliden-Versicherungsgesetz von Karl Goldschmidt. Preis 30 Pfg.

Kupferdruckbild des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch 160x280 mm. Preis 50 Pfg.

Die Arbeiterfrage und die Deutschen Gewerksvereine. — Festschrift zum 25 jährigen Jubiläum der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunder) von Dr. Max Hirsch. Preis 1 Mark.

Volks-Wirtschaftslehre von Dr. G. J. Fuchs. Preis 80 Pfg.

Thätigkeit und Entwicklung der Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunder). Bericht an den Verbandsstags von Karl Goldschmidt. Gratis.

Arbeiterschutz in der Heimarbeit. 2 Referate von S. Winter-Berlin und F. Berndt-Dresden. Gratis.

Die Einführung von Arbeitskammern in Deutschland. 2 Referate von Karl Goldschmidt-Berlin und Johann Dornblüth-Bromberg. Gratis.

Larifverträge und Koalitionsfreiheit. 2 Referate von Karl Hahn-Burg und F. D. Käfer-Rürnberg. Gratis.

Arbeiterschutz, insbesondere Maximalarbeitsstags, vom Standpunkte der Deutschen Gewerksvereine von Dr. Max Hirsch. Preis 20 Pfg.

Die Deutschen Gewerksvereine, die Besserung der Arbeitsverhältnisse u. die Sozialpolitik von Dr. Max Hirsch. Gratis.

Muster von Anträgen, Klagen und Beschwerdeschriften in Angelegenheit der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pfg.

Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Bücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.

Geldsendungen sind immer zu richten an den Verbandskassirer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Das Bureau des Centralraths.
Rudolf Klein.

dozu übergegangen, die Kranken schon während der Kur zu leichteren Beschäftigungen unter ärztlicher Aufsicht heranzuziehen. Einige Versicherungsanstalten schicken ihre Versicherten nach Abschluß des eigentlichen Heilverfahrens zur weiteren Stärkung und Arbeitsgewöhnung in den geeigneten Fällen zunächst in besondere Genesungshäuser oder in Erholungsstätten.

Es ist nicht zu leugnen, daß auf diesem Gebiete der Heilbehandlung für die Arbeiter viel Gutes geleistet wird. Wenn einen oder dem andern die Zahlen für die Beschäftigkeit des Erfolges nicht genügend erscheinen, so sei darauf hingewiesen, daß es sich hier um die Bekämpfung schwerer, zum größten Teil chronischer Erkrankungen handelt. Und wenn auch die Heilbehandlung in erster Linie im Interesse der Versicherungsanstalten liegt, welche durch eine zwar theure, aber doch nur einmalige Kur die sicherlich viel erheblichere Rentenlast vermeidet, so muß doch andererseits hervorgehoben werden, daß für den Arbeiter die Sicherung oder die Wiedergewinnung der Erwerbsfähigkeit wertvoller ist als die höchste Rente, auf die er nach dem Gesetze Anspruch hat.

Berliner Statistik.

Wohnermittelungen und Haushaltrechnungen der minder bemittelten Bevölkerung im Jahre 1903.

I.

Wenn die Arbeiter ihr Loos zu erleichtern suchen und Lohn-erhöhungen fordern, dann ist man in gewissen Unternehmerkreisen und in der von ihnen abhängigen Presse oft genug gleich auf dem Plane mit Vorwürfen, daß die Arbeitererschaft nur aus Uebermut und Unbillig erzwungener Begehrlust solche Lohnforderungen stelle. Daß meistens ein Nothstand vorhanden ist, vermag ein scharfsinniger veranlagter Gemüth nun einmal nicht zu fassen. Und doch ist selbst in Gegenden, wo die Arbeitsbedingungen noch verhältnismäßig günstig sind, die Lage der arbeitenden Schichten überaus verbesserungsbedürftig, wie auf's Deutlichste eine Enquete zeigt, die vom Statistischen Amte der Stadt Berlin veranstaltet und vor Kurzem veröffentlicht worden ist. Diese Enquete verdient eine umso größere Beachtung, als an ihr thätigste Sachverständige mitgewirkt haben, indem Vertreter der Gewervereine und Gewerkschaften zu den Vorberatungen hinzugezogen wurden, die sich auch in der erfolgreichsten Weise für die Durchführung der Untersuchung interessierten. Außer unserem Redakteur, dem Stadtrathordnenen Goldschmidt, sind von unserer Seite der Verbandskassierer Klein und der Generalsekretär des Gewervereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter Hartmann dabei betheiligt gewesen.

Um die Einnahmen zu ermitteln, wurden an Innungen, Gewervereine, Gewerkschaften, Innungsstrankenkassen, gewerbliche Ortskrankenkassen und andere Arbeiter- und Unternehmerverbände 332 Fragebogen versandt. Von den wieder eingegangenen und ausgefüllten Formularen konnten für die Veröffentlichung 227 benutzt werden, von welchen 35 auf die Gewervereine entfielen. Die Beantwortung wurde von den befragten Verbänden gewöhnlich in der Weise vorgenommen, daß in einer Vereinsversammlung gemeinsam die einzelnen Fragen beraten und die Ergebnisse in die Fragebogen eingesetzt wurden; zum Theil hatte auch der Vorsitzende eine schriftliche oder mündliche Umfrage gehalten. Es ist daher natürlich, daß bei dem Unterschiede in den Arbeitsstellungen, die Art der Beschäftigungen u. s. w. vielfach Abweichungen in den Angaben des Wochenverdienstes, über den Stücklohn und die Zahl der Arbeitstage im Jahre entstanden. Auch die Ausgaben sind durch Verwendung von einigen Tausend Fragebogen an Gewervereine, Gewerkschaften und ähnliche Organisationen festgestellt worden. Von den vorausgabten Formularen gingen 1155 wieder ein, von denen 908 für die weitere Verarbeitung verwertbar waren.

Was zunächst die Einnahmen der Arbeiter betrifft, so ist der am häufigsten vorkommende Wochenlohn bei den gelernten Gesellen und Gehilfen 22 $\frac{1}{2}$ —27 $\frac{1}{2}$ Mk., bei den Fach- oder ungelerten Arbeitern 20—22 $\frac{1}{2}$ Mk., bei Arbeiterinnen 10—12 $\frac{1}{2}$ Mk. Der Jahresarbeitsverdienst der gelernten Arbeiter wie der ungelerten bewegte sich meist zwischen 1000 und 1250 Mk., häufig aber auch zwischen 750 und 1000 Mk.; derjenige der Arbeiterinnen lag meist zwischen 500 und 700 Mk. Selbstverständlich gehen in manchen Erwerbszweigen die Einnahmen erheblich über die angeführten Sätze hinaus; ebenso häufig aber bleiben sie wesentlich dahinter zurück.

Diejenigen Kategorien, welche das höchste Einkommen unter den gelernten Arbeitern haben, sind die Maurer-, Zimmer- und Steinsepolier-, die Fuhrer, Ofensetzer und Maßzuschneider. Ihr Jahresverdienst belief sich auf 1750—2000 Mk. Einen Jahresarbeitsverdienst von 1500—1750 Mk. erzielten außer einigen Maschinisten Brauer, Labalschneider, Damenmantelzuschneider, Bleiglasler, Bauhülfsleute, Maschinenmeister, Schriftsetzer, Stereotypen-, Steinbrucker, Lithographen, Kupferbrucker, Chemigraphen, Lichtbrucker und Stempel-schneider. Das genannte Einkommen erzielten jedoch keineswegs alle Angehörigen dieser Berufe. Die Hauptmasse der „beruflich ausgebildeten Gesellen und Gehilfen“ hielt sich vielmehr auf 1000 bis 1250, eine etwas besser gestellte Schicht auf 1250—1500 Mk. Jahreslohn. Noch geringer, zwischen 750 und 1000 Mk. schwankend, ist der Jahresverdienst bei Gärtnerinnen, Lackierern, Barbieren, Handschuh-, Mützen-, Bürsten-, Korb-, Perrückenmachern u. A.; zwischen 500 und

750 Mk. jährliches Einkommen haben die Tritt- und Fabrikweber, bestimmte Korbmacher, Weiffertüchler, Marzipanarbeiter und Zuckerbäcker. Aber selbst mit diesen geringen Summen angeführt, ist der niedrigste Jahresverdienst noch nicht erreicht. Für Weber und Wirter mit Handbetrieb und Damenhutmacher sinkt derselbe sogar noch unter 500 Mk. hinab. In der Textilindustrie sind die Lohnverhältnisse überhaupt außerordentlich ungünstig. Bei den Webern, die nur 9—12 Mk. in täglich 11 stündiger Arbeit erzielen, wäre, da nach den Angaben auf regelmäßigen Verdienst nur 34 bis höchstens 40 Wochen im Jahre zu rechnen ist, der Jahresverdienst auf höchstens 380 bis 450 Mk. zu schätzen. Weber in Fabriken, also im Maschinenbetrieb, haben etwas günstigere Arbeitsbedingungen; sie können aber auf regelmäßigen Verdienst auch nicht sicher rechnen, da sie bis 10 Wochen im Jahr arbeitslos sein können. Eine Ausnahme bilden in diesem Industriezweige nur die Stickerzeichner, die bei ununterbrochener Beschäftigung es auf einen Jahresarbeitsverdienst von 1800 Mk. bringen.

Die ungelerten Arbeiter stehen noch etwas schlechter da. Eine kleine Gruppe verdient zwar über 1250 Mk. jährlich, und die Anzahl derjenigen, die über ein Einkommen von 1000—1250 Mk. verfügen, ist ebenfalls recht ansehnlich. Hierher gehören beispielsweise die Straßenbahnführer und Straßenbahnkassierer. Eine andere Gruppe aber, zu der nicht weniger als 21 Branchen gerechnet werden müssen, hat 750—1000 Mk. Jahresverdienst, 500—750 Mk. erreichen trotz Akkordarbeit Verfilberer, außerdem Ristenkleber, und die Widelmacher und Anseucher bleiben sogar noch unter 500 Mk.

Daß dementsprechend die Arbeiterinnen noch schlechter gestellt sind, ist selbstverständlich. Mit einem Jahresverdienste von über 1500 Mk. ist nur eine Zeichnerin für Silderei angeführt, von 1250 bis 1500 Mk. eine Maßzuschneiderin, von 1000—1250 Mk. Akkordarbeiterinnen für Kranzbinden und Kurbelstücken auf Konfektion und auf Borten. In 12 Berufen bringen es die Frauen auf 750 bis 1000 Mk. und alle anderen bleiben unter einem Jahreseinkommen von 750 Mk. In 26 Branchen erreichen sie sogar, zum Theil trotz der Akkordarbeit, nur bis gegen 500 Mk. Arbeiterinnen in der Teppichweberei und Strumpfwirerei verdienen 10—12, Formerinnen und Näherinnen nur 6—12 Mk. die Woche. — Jugendliche Arbeiterinnen sind in der Teppichweberei und Strumpfwirerei mit 6—9 Mk., in der Stickererei mit 8 Mk. Wochenlohn angeführt. In diesen Fällen bleibt also der Jahresverdienst, da die Beschäftigung durchaus keine ununterbrochene ist, oft noch sehr weit hinter 500 Mk. zurück. Braucht man sich unter solchen Umständen darüber zu wundern, wenn junge Mädchen, bei dem Wunsche, sich menschenwürdig zu ernähren und sich vielleicht auch noch ein wenig zu putzen, häufig den moralischen Halt verlieren und gar der Prostitution in die Arme getrieben werden? Zu verstehen ist es sicherlich, wenn auch natürlich nicht zu entschuldigen. Diejenigen aber, die theils aus Neugier, theils aus Unkenntnis der gesellschaftlichen Zustände gleich mit einem Verdammungsurtheil bei der Hand sind, die mögen einmal die angeführten Zahlen prüfen und werden dann vielleicht doch etwas zurückhaltender sein.

Auch die Arbeitszeiten, die in Berlin üblich sind, seien wenigstens kurz erwähnt. Am häufigsten finden wir 10—12 stündige Arbeitstage angeführt, häufig jedoch sind sie länger, bisweilen auch länger. Nur 8 $\frac{1}{2}$ Stunden täglich sind die in der Celluloidbranche beschäftigten Personen thätig, ebenso lange die Wäschezuschneider und Chemigraphen, 8 $\frac{1}{4}$ Stunden die Schleifer. Die kürzeste Arbeitszeit von nur 8 Stunden erreichen Ofensetzer, Lithographen und Maschinen-seher. Raum für möglich halten sollte man es jedoch, daß es in der Hauptstadt noch tägliche Arbeitszeiten von 13, 14 und noch mehr Stunden giebt. Barbieren und Friseur sind 15 Stunden beschäftigt, im Schlächtergewerbe giebt es noch Arbeitstage von 16 und 17 Stunden. Ebenso ungünstig liegen die Verhältnisse im Verkehrsgewerbe, wo 14—17 stündige Arbeitszeiten gang und gäbe sind. Daß das in Hotels und Restaurants thätige Personal schwer unter langen Arbeitszeiten zu leiden hat, dürfte bekannt sein. Trotzdem wird es überraschen, daß Küchenbedienter und Küchenmädchen bis 18 Stunden thätig sein müssen. Befremden muß es auch, daß in der Glazerei Lehrlinge 13—16 Stunden beschäftigt werden.

Schon aus diesen Angaben über Einkommens- und Arbeitszeitverhältnisse läßt sich einigermaßen ein Schluß ziehen auf die wirtschaftliche Lage der Berliner Arbeiter. Einen noch deutlicheren Einblick in ihr Leben erhalten wir jedoch, wenn wir auch die Haushaltsrechnungen einer gründlicheren Prüfung unterziehen, wie dies in einem zweiten Artikel geschehen wird.

Arbeiter, Vorarbeiter und Handwerker in den Eisenbahnwerkstätten.

II.

Auf die in voriger Nummer theilweise zum Abdruck gekommene Rede unseres Redakteurs antwortete der Herr Minister v. Budge in ausführlicher und erregter Weise. Auch aus dieser Rede wollen wir einen Theil hier folgen lassen:

„Ich will zunächst auf die allgemeinen Ausführungen eingehen und muß ihnen gegenüber hervorheben, daß ich mit vielen Ausführungen des Herrn Abgeordneten Goldschmidt nicht einverstanden sein kann. (Gehr rüfft! rechts und im Centrum.) Was würde der Herr Abgeordnete Goldschmidt wohl sagen, wenn ich in dem Fehler verfiel, den er mir gegenüber gemacht

dahin, daß die tatsächlichen Verhältnisse nur den einen Schluß zulassen: „Ein Lehrverhältnis, das dem Wesen der Sache nach in erster Linie der Heranbildung tüchtiger Lehrlinge dienen soll, liegt überhaupt nicht vor. Die sogenannten Lehrverträge stellen Vereinbarungen dar, die im einseitigen Interesse der Unternehmer dazu bestimmt sind, die junge Arbeitskraft an den Betrieb zu fesseln.“

Diese Auffassung finde auch in dem Wortlaut der Verträge, von denen mehr als hundert zur Prüfung gelangten, ihre Bestätigung. So werden z. B. die Gründe, welche den Lehrling zum Austritt berechtigen, geschildert, verschwiegen, ja nicht selten ausdrücklich bestimmt, daß der Lehrling unter keinen Umständen den Betrieb verlassen dürfe, sondern während der ganzen Dauer der Lehrzeit unweigerlich an ihn gebunden sei. Nie dagegen fehle in den Verträgen die Festsetzung der Entschädigung, die der Lehrling im Falle vorzeitigen, rechtswidrigen Austrittes zu zahlen habe. Sie betrage 20 bis 50, ja sogar bis 100 Mk.

Während die Arbeiter einmütig erklärten, daß sie das Unrechtmäßige der Vertragschließung empfänden und die Verträge sehr ungern duldeten, gaben die Arbeitgeber übereinstimmend zu, daß die Bindung der Arbeiter an den Betrieb der Hauptzweck der Verträge sei.

Es wird zum Schluß darauf hingewiesen, daß gegenüber diesen Scheinlehrverträgen Arbeitsverträge folgende 3 wichtige Vorthelle aufweisen, nämlich daß

1. die polizeiliche Zurückführung zur Arbeit ausgeschlossen ist,
2. die Lohninbehaltung für den Fall des Kontraktbruchs den Höchstbetrag eines durchschnittlichen Wochenlohnes nicht überschreiten darf (§§ 119 a u. 134 Abs. 2 d. G.-D.),
3. jeder der beiden vertragschließenden Teile aus wichtigen Gründen die sofortige Aufhebung des Arbeitsverhältnisses verlangen kann (§ 124 a d. G.-D.).

Um Industrielle und Arbeiter über die Sachlage aufzuklären, sei in der Presse auf das Ungeheuerliche des bestehenden Zustandes hingewiesen worden. Der Erfolg dieser Maßregel bleibe aber abzuwarten.

Das Heilverfahren nach dem Invalidenversicherungs-gesetz.

Sind die Deutschen Gewerksvereine als Vorkämpfer der freien Selbsthilfe auch keine fanatischen Freunde der Zwangsversicherung, so haben sie doch, nachdem dieselbe einmal eingeführt ist, mit ihr als einem bedeutsamen Faktor im Arbeiterleben zu rechnen und müssen sich mit ihr, so gut oder so schlecht es geht, abzufinden suchen. Unsere Bestrebungen müssen, soweit es in unseren Kräften steht, darauf gerichtet sein, die den Versicherungsgesetzen anhaftenden Mängel allmählich zu beseitigen und das Gute, was sie bieten, nach Möglichkeit auszubauen. Das Beste, was sie leisten, fällt in das Gebiet der Heilbehandlung, auf dem in der That ganz hervorragende Erfolge erzielt worden sind, wie aus der kleinen Schrift: „Arbeiterversicherung und Volksgesundheit“ hervorgeht, welche der Geheimrevisor des Reichsversicherungsamtes, Senatsvorsteher im Reichsversicherungsamt, für die Weltausstellung in St. Louis verfaßt hat.

Nach dem Invalidenversicherungsgesetz — mit ihm allein wollen wir uns im Folgenden beschäftigen — haben die Versicherungsanstalten die Befugnis, erkrankte Versicherte, wenn der Eintritt oder die Fortdauer der Invalidität als Folge der Krankheit zu befürchten ist, auf ihre Kosten in Heilbehandlung zu nehmen. Die Versicherungsanstalten sind dazu berechtigt, nicht aber verpflichtet, woraus folgt, daß die Versicherten, was vielfach übersehen wird, nicht in der Lage sind, eine von ihnen geforderte Heilbehandlung im Klage- oder Beschwerdewege zu erzwingen. Die Versicherungsträger haben vielmehr nach eigenem Ermessen zu bestimmen, ob, in welcher Höhe und für welche Zeitdauer sie im Einzelfalle die Kosten des Heilverfahrens tragen wollen. Läßt die Versicherungsanstalt ein Heilverfahren eintreten, so übernimmt sie damit bei Versicherten, die einer Krankenkasse angehören, alle Verpflichtungen derselben dem Versicherten gegenüber. Sie muß also unter Umständen neben ärztlicher Behandlung, Arznei und Krankengeld auch die etwa den Angehörigen des Kranken zu leistenden Beträge sowie das neben freier Kur und Verpflegung in einem Krankenhaus statutarisch zugelassene besondere Krankengeld gewähren. Auch für Versicherte, die keiner Krankenkasse angehören, ist die Angehörigenunterstützung vorgelesen. Der § 18 Abs. 4 des Gesetzes besagt darüber: „Während des Heilverfahrens ist für solche Angehörige des Versicherten, deren Unterhalt bisher bisher aus seinem Arbeitsverdienste bestritten hat, eine Unterstützung auch dann zu zahlen, wenn der Versicherte der reichs- oder landesgesetzlichen Krankenfürsorge nicht unterliegt. Diese Angehörigenunterstützung beträgt, sofern der Versicherte der reichs- oder landesgesetzlichen Krankenfürsorge bis zum Eingreifen der Landesversicherungsanstalt unterlag, die Hälfte des für ihn während der gesetzlichen Dauer der Krankenunterstützung maßgebend gewesen Krankengeldes, im Uebrigen ein Viertel des für den Ort seiner letzten Beschäftigung oder seines letzten Aufenthalts maßgebenden ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagelöhner.“ Eine Karenzzeit vor Einleitung des Heilverfahrens braucht der Versicherte nicht durchgemacht zu haben.

Ein Heilverfahren ist auch zugelassen für Leute, die bereits invalide geworden sind, zur Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit. Diese Vergünstigung tritt aber nur dann ein, wenn die begründete Hoffnung besteht, daß durch eine zweckdienliche Heilbehandlung die Invalidität wieder beseitigt wird. Hervorgehoben werden muß nun, daß es für die Einleitung des Heilverfahrens bei verheirateten oder solchen Personen, die eine eigene Haushaltung besitzen, der ausdrücklichen Zustimmung des Erkrankten bedarf, wenn seine Unterbringung in einem Krankenhaus oder einer Anstalt für Genußende geplant ist. Entzieht sich sonst ein Versicherter der von der Versicherungsanstalt angeordneten Heilbehandlung, so kann ihm die Invalidenrente auf Zeit ganz oder theilweise verjagt werden, sofern er auf diese Folgen hingewiesen worden ist und nachgewiesen wird, daß die Erwerbsunfähigkeit durch sein Verhalten veranlaßt ist. Dieser oft sehr schwierige Nachweis muß von der Versicherungsanstalt erbracht werden. Etwaige operative Eingriffe, selbst ganz ungeschädlicher Natur, dürfen an den Kranken nur mit deren Einwilligung vorgenommen werden.

Von der Heilbehandlung machen die Versicherungsanstalten einen sehr ausgiebigen Gebrauch. Sie schicken die Kranken in Krankenhäuser, in Heilanstalten für Lungentranke oder Lungenkranke, in Genußheime, in See-, Mineral-, Schwefel-, Moor- u. s. w. Bäder oder geben sie in Privatpflege. Im dem Zeitraum von 1898/1903 sind mehr als 67 000 Personen in Heilanstalten und Luftkurorten für Lungentranke, mehr als 47 000 Personen in den verschiedenartigsten Krankenhäusern und mehr als 30 000 Personen in Bädern untergebracht worden, wobei zu beachten ist, daß dabei fast durchweg langwierige und kostspielige Kuren in Frage gekommen sind. Die für die Heilbehandlung von sämtlichen Versicherungsanstalten aufgewandten Beträge sind von 373 Mk. i. J. 1891 auf über 11 1/2 Millionen Mk. i. J. 1903 angewachsen. Im Ganzen sind bis Ende 1903 mehr als 45 Millionen Mk. für Heilbehandlungszwecke ausgegeben worden. Von den in den Jahren 1897/1903 für 184 040 kranke Arbeiter und Arbeiterinnen aufgewandten 43 1/2 Millionen Mk. sind mehr als 27 Millionen gegen die Tuberkulose ausgegeben worden, wieder ein Beweis, daß dieselbe wirklich die verheerendste aller Volkskrankheiten ist. Das geht auch aus einer vom Reichsversicherungsamt aufgestellten Statistik über die Invaliditätsursachen hervor.

Nach dieser amtlichen Statistik leidet von allen männlichen Arbeitern aus dem Bergbau und Hüttenwesen, die bis zum Alter von 30 Jahren invalide werden, mehr als die Hälfte an Lungentuberkulose; ebenso ungünstig ist das Verhältnis bei weiblichen Rentenempfängern der gleichen Berufsgruppen im Alter von 20—24 Jahren, während in dem Alter von 25—29 Jahren bei nahezu der Hälfte aller invaliden Frauen aus diesen Berufsgruppen die Invalidität durch Lungentuberkulose hervorgerufen ist. Sogar in der Land- und Forstwirtschaft entfallen noch 354 Tuberkulose auf 1000 männliche Rentenempfänger im Alter von 20—24 Jahren. In allen übrigen Berufen kommen bei männlichen Rentenempfängern im Alter von 20 bis 30 Jahren auf 1000 Invalide 450 Fälle, denen Tuberkulose zu Grunde liegt. Von Frauen der gleichen Altersstufe und Berufs ist etwa der vierte Teil tuberkulös. Diese Angaben finden ihre Bestätigung durch andere statistische Aufnahmen, so daß es nur mit Freuden begrüßt werden kann, daß die Invalidenversicherung sich die Aufgabe gestellt hat, vor Allem den unheilvollen Verwüstungen der Tuberkulose durch geeignete Maßnahmen der Krankenfürsorge ein Ziel zu setzen. Aber auch gegen andere Krankheiten richtet sich ihr Kampf. So sind wegen Rheumatismus, Sicht-, Herz-, Lungenleiden nicht tuberkulöser Art, Blarunuth, Harn- und Geschlechtsleiden, sowie in letzter Zeit auch wegen der Folgen der Trunksucht von 1897/1905 55 613 Männer und 33 339 Frauen an zusammen etwa 4 1/2 Millionen Pflegekostentagen in ständige Behandlung genommen worden.

Selbst verlässliche Gegner des Invalidenversicherungsgesetzes wird zugeben müssen, daß diese Zahlen recht aner kennenswerthe Leistungen ausdrücken. Was aber das Erfreulichste ist: diesen Leistungen an Geld und Arbeit entsprechen auch die erzielten Erfolge. Um über diese eine Kontrolle zu haben, wird durch alljährliche Untersuchungen oder Nachfrage in jedem einzelnen Falle festgestellt, ob die behandelten Personen invalide geworden oder gestorben sind. Die bisher abgelaufenen drei fünfjährigen Kontrollperioden lassen nun erkennen, daß von je 100 im Jahre 1897 wegen Tuberkulose behandelten Personen Ende 1901 noch 27 erwerbsfähig im Sinne des Gesetzes waren, während von den Nichttuberkulösen bei 34 von je 100 der Erfolg angebauert hatte. Aus dem Jahre 1898 stellt sich das Dauerergebnis noch günstiger, da von je 100 behandelten Tuberkulösen dieses Jahres Ende 1902 noch 31, von Nichttuberkulösen 38 erwerbsfähig waren. Dabei kann beobachtet werden, daß die Beständigkeit des Erfolges bei Frauen im Allgemeinen etwas günstiger ist.

Auch an Maßnahmen zu verhüten, daß durch sofortige Anspannung aller Kräfte der erzielte Erfolg wieder in Frage gestellt wird, haben es die Versicherungsanstalten nicht fehlen lassen. Vielfach sind ihre Vorstände, wo es geboten erschien, mit den Arbeitgebern in Verbindung getreten, um für die Pflanzzeiten des Ueberganges und der Schonung oder sonstige Erleichterungen zu erwirken. Ob auch diese Bemühungen erfolgreich gewesen sind, ersehen wir aus unserer Schrift nicht; nach den sonstigen Erfahrungen aber dürfte es billig bezweifelt werden. In manchen Heilanstalten ist man außerdem

hat, indem er sagte: der Minister erzieht die Arbeiter zur „Speichelleerei“ und zur „Heuchelei“. (Beifall.) Wenn ich derart debattieren wollte — ich thue es nicht, Herr Abgeordneter Goldschmidt; (Heiterkeit und sehr gut! rechts und im Centrum) denn ich bin überzeugt, daß Sie eine gute Absicht haben —, so würde es mir doch sehr leicht sein zu sagen: Sie säen Unzufriedenheit unter die staalichen Arbeiter. (Gebhaftes Sehr richtig! rechts.) Sie wollen es sicher nicht; aber, wenn Sie gegen mich den Vorwurf erheben, ich erziehe die Arbeiter zur Speichelleerei und zur Heuchelei, dann wäre ich doch wohl berechtigt zu sagen: Ihre Klagen, die Sie hier vorbringen in der gehörten Form, erzeugen Unzufriedenheit, und, meine Herren, ich warne davor, die Unzufriedenheit unter die Eisenbahner zu säen. (Gebhaftes Beifall rechts und im Centrum.) Meine Herren, wir brauchen nicht weit über unsere Grenze hinauszusehen, dann haben wir die Folgen der Unzufriedenheit, (sehr gut! rechts und im Centrum) dann haben wir ein Bild dessen, wie das Land darunter leidet. Meine Herren, meine Hauptaufgabe ist, die Zufriedenheit unter den Eisenbahnern zu erhalten — und ich wiederhole — das hat auch der Abg. Goldschmidt am Schluß seiner Rede gesagt —, daß das auch seine Absicht sei. . . .

Der Herr Minister bestritt dann auch, daß auf die Arbeiter ein Druck ausgeübt worden sei, betreffend den Beitritt zur Kasseler Kasse. Auf diese Rede antwortete unser Redakteur:

Goldschmidt, Abgeordneter: Meine Herren, ich muß mit einigen Worten auf die Verhandlungen der 158. Sitzung über die Arbeiter, Arbeiter und Handarbeiter in den Eisenbahnwerkstätten zurückkommen. Der Herr Minister war in seiner Antwort auf meine Ausführungen gerade nicht klar, obgleich er die gegen mich erhobenen Vorwürfe in die indirekte Form kleidete und sie durch die liebenswürdige Anerkennung, daß auch nur eine gute Absicht leitet, wenn ich die mir zugegangenen Klagen der Eisenbahner hier vortrage, milderte und abschwächte. Der Herr Minister ist aber im Irrtum, wenn er annimmt, daß ich die Unzufriedenheit der Eisenbahner erst wachrufen wollte. Die ist leider bei einem nicht unerheblichen Teil schon vorhanden und war es auch schon, als der Herr Minister in sein Amt eintrat; sie ist auch jetzt noch in einem viel größeren Maße vorhanden, als ich dies durch meine Klagen hier habe zum Ausdruck bringen können. Meine Absicht war es und wird es immer bleiben, ernstlich mitzuwirken, die vielfältigen Ursachen berechtigter Unzufriedenheit zu beseitigen, damit wir mit Katastrophen verschont bleiben, wie wir sie in Holland, Ungarn und Italien in Folge der meist elenden Verhältnisse des Eisenbahnpersonals erleben mußten. Ich setze fast ein halbes Menschenalter im öffentlichen Wirken, und wer dieses hat verfolgen können, wird mir die Anerkennung nicht versagen, daß ich zu jeder Zeit meine Arbeit in den Dienst des sozialen Fortschritts und des Friedens gestellt habe.

Meine Herren, meine Worte mögen hart geklungen haben, aber sie treffen mit ihrem Inhalt sachlich die Wahrheit. Könnte der Herr Minister die Leute so frei reden hören, wie ich sie höre, dann würde er die Milde meiner Worte anerkennen. Das Parlament ist der Ort des freien Wortes; hier muß es gesprochen werden, auch wenn es nur den Beifall der Minderheit findet.

Wenn habe auch ich anerkannt, daß der gegenwärtige Herr Minister der öffentlichen Arbeiten ein sozial empfindsames Herz und vor allen Dingen den besten Willen hat, die Eisenbahner nach Möglichkeit zufrieden zu stellen. Manche Anzeichen sprechen aber noch dafür, daß der Herr Minister diese seine Aufgabe etwas allzu sehr aufpaßt in patriarchalischem Geiste. An dem Beispiel des Herrn v. Stamm haben wir indes erkennen können, daß mit dieser überlebten Methode die Arbeiter und Angestellten eines großen Betriebes nicht zufrieden, nicht glücklich gemacht werden. Seine Methode ist nur da von Erfolg, wo der Prinzipal mit seinen Angestellten und Arbeitern in direktem persönlichen Verkehr steht. Der erwachsene Arbeiter will nicht Wohlthaten, sondern Rechte; jedenfalls aber will er um der Wohlthaten willen seine Rechte nicht preisgeben! Der Arbeiter will nicht selbst eine Maschine oder gar nur eine bloße Nummer sein; er will als Mensch und Bürger seine Pflichten erfüllen, daneben aber auch Raum finden, seine geistigen Fähigkeiten zur Entfaltung zu bringen. In der Werkstatt muß gearbeitet werden, außerhalb derselben aber wollen die Arbeiter frei sein in ihren Entscheidungen; für den Lohn als Gegenleistung Ordnung und Arbeit, aber nicht auch noch die Gesinnung! Wenn der Herr Minister wüßte, ein wie großer Teil der Vorgesetzten in der Werkstatt für die Kasseler Kasse agitiert, würde er meine Ausführungen vom vergangenen Freitag gewiß anerkennen. Die große Zahl der Mitglieder dieser Kasse ist zu einem guten Teil auf den moralischen Druck zurückzuführen, der auf die Arbeiter ausgeübt wird. Der Herr Minister will das nicht, aber trotzdem geschieht es.

Meine Herren, ich bin auch nicht grundsätzlich gegen die Affordarbeit aufgetreten, sondern ich habe sie nur da verurteilt, wo sie praktisch unmöglich ist. Die Stücklohnisten, sagte der Herr Minister, sollen in den Werkstätten aushängen. Bietet man ihnen manchmal erst dann ausgehängt, wenn die Werkstätten inspiziert werden; in allen Werkstätten hängen diese Listen jedenfalls dauernd nicht aus.

Sehr erfreute es mich, daß der Herr Minister es für ein Recht und für eine Pflicht des Arbeiterausschusses erklärte, die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen, auch in den Fragen der Lohnregulierung. Bisher war es in den mir bekannt gewordenen Fällen nicht so. Wenn der Arbeiterausschuß über Lohnfragen hat mitzusprechen wollen, ist ihm das regelmäßig verweigert worden. In der Privatindustrie aber werden die Löhne zwischen Unternehmern und Arbeitern bezw. den beiderseitigen Vertretern in Tarifen vereinbart und nicht einseitig diktiert. Den Ausschüssen in den Eisenbahnbetrieben wird geantwortet: in Lohnangelegenheiten kann der Ausschuß nicht verhandeln! Nach der so energiegelassen Willensfindung des Herrn Ministers wird dies nun hoffentlich bald anders werden. Der Zweck meiner Rede würde damit in einem ihrer wichtigsten Punkte schon erreicht sein.

Meine Herren, sehr eingehend hat sich nun auch der Herr Abgeordnete

Gamp mit meiner Rede beschäftigt. Darauf brauche ich aber nicht einzugehen, weil die wesentlichen Ausführungen des Herrn Kollegen Gamp auf einer irrthümlichen Auffassung meiner Ausführungen beruhen. Ob es im Uebrigen richtiger ist, einen ungeeigneten Beamten hier im Plenum anzugreifen, oder hinter den Kulissen für seine Beseitigung einzutreten, das will ich hier unentschieden lassen. Herr Kollege Gamp hat jedenfalls auf diesem Gebiete mehr Erfahrungen sammeln können als ich.

Mit dem Herrn Abgeordneten Gamp theilte der Herr Abgeordnete Gerold die Auffassung, daß die Erhöhung der Lebensmittelpreise auf den Waarenpreis im Detailhandel ohne Einfluß bleibt. Das Gegentheil ist erwiesen durch die treffliche Arbeit des Direktors vom Berliner Statistischen Amt, Herrn Professors Dr. Hirschberg, welche den Beweis dafür führt, daß die Kurve der Detailpreise der Kurve der Großpreise folgt. In der gewerblich thätigen und arbeitenden Bevölkerung dürfte es nicht allzu viel Anhänger der Gamp-Gerold'schen Meinung geben. Im Uebrigen werden wir auf diesem Gebiete nach dem 1. März 1906 neue und, wie ich fürchte, für den Arbeiter sehr schlimme Erfahrungen sammeln.

Meine Herren, zu meiner Behauptung, daß die Affordarbeit nicht überall angebracht ist, ging mir erst gestern ein durch viele Beläge, die mir hier vorliegen, bestätigter Beweis zu. Gegenstand der Beschwerte ist das Verladen, um- und Ausladen der Güter. Seit etwa anderthalb Jahren ist für diese Arbeit eine Art Afford eingeführt in Form einer Prämie. Es wird nun gar kein Unterschied gemacht, ob die Arbeiter Raum-, Sperr- oder Schwergut verladen. Der Prämienfuß ist auf das Schwergut zugeschnitten worden. Bei normaler Thätigkeit sind die Arbeiter bei Schwergutverladungen wohl im Stande, einen normalen Tagesverdienst zu erzielen; anders ist es aber, wenn sie Raum- oder Sperrgut zu verladen haben. Die Industrie, die Raum- und Sperrgut verladen läßt, nimmt aber einen erheblichen Theil im Gütertransport ein, insbesondere hierunter auch die Möbelindustrie. Wird nun Raummgut verladen, so sind die Arbeiter darauf angewiesen, ihre Schnelligkeit zu verdoppeln, wenn sie überhaupt auf den üblichen Lohn kommen wollen; letzteres ist aber bei Raummverladungen wohl ganz ausgeschlossen. Da nun Raummgut insbesondere in der Möbelindustrie eine viel größere Vorfrist beim Verladen erheischt, diese beim Affordsystem, bei diesem Prämienystem, aber nicht ausreichend berücksichtigt werden kann, so ist die notwendige Folge, daß der Arbeiter, der selbstverständlich ein Interesse daran hat, einen ausreichenden Lohn zu erhalten, beim Verladen nicht immer die nötige Vorfrist wälten läßt. Nun sind in Folge der vielen Beschädigungen der zum Versandt gekommenen Möbel endlose Reklamationen gekommen, von denen ich hier eine ziemlich Anzahl im Original mitgebracht habe.

Nun haben diese Beschwerden den „Erfolg“ gehabt, daß die Arbeiter selbst regrepplich gemacht werden. Wie auf den Kohlenbergwerken die Arbeiter Kohle mit nicht ganz reiner Kohle nicht bezahlt bekommen — der Wagen wird ihnen genullt, und das soll demnächst nach dem neuen Gesetz endlich verboten werden —, so sollen hier die Arbeiter den Schaden tragen, wenn bei der Verladung die Möbel beschädigt worden sind. Wie in den Bergwerken die Kameradschaft den Schaden der ihr genullten Arbeit gemeinsam zu tragen hat, ähnlich so ist auch hier eine Arbeitergemeinschaft gebildet worden, die gemeinsam die Regressansprüche der Verladler zu erstatten hat. . . .

Der Herr Minister antwortete nochmals sehr eingehend und erklärte von Neuem, daß es das Recht der Arbeiterausschüsse sei, auch in den Lohnfragen mitzusprechen. Öffentlich wird dies nun wirklich wahr!

Wochenchau.

Berlin, 28. März 1905.

Am gestrigen Montag begannen im Abgeordnetenhaus die Beratungen über die Berggesetznovellen. In Folge des plötzlich eingetretenen Todes des Ministers des Innern Herrn v. Hammerstein, hatte man die schon für die vergangene Woche in Aussicht genommenen Beratungen auf den gestrigen Montag hinausgeschoben. Die Verhandlungen begannen mit einer Rede des Ministerpräsidenten Grafen v. Bülow welche ergänzt wurde durch eine Rede des Ministers für Handel und Gewerbe, Röcker. Beide Redner vertraten die von ihnen eingebrachten Novellen und wiesen die Vorwürfe des bergbaulichen Vereins zurück, daß es sich hier um eine „Gelegenheitsgesetzgebung“ handle. Schon vor dem Ausbruch des großen Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet habe sich die Regierung mit dem Gesetzesentwurf betreffend das ungerechtfertigte Stilllegen von Zechen und mit einer Neuregelung des Knappschaftswesens beschäftigt, wie auch schon länger Erwägungen schwebten über die gesetzliche Einführung von Maßnahmen, wie sie die Novelle vorsehe und die in den staatlichen Bergwerken des Saarreviers zum Theil bereits bestehen und sich dort auch bewährt hätten. Das eine Verhandlung mit der Siebenerkommission ablehnende Verhalten des bergbaulichen Vereins sei „zweifellos auf eine grundsätzliche Abneigung gegen die Arbeiterorganisationen“ zurückzuführen. Die Regierung aber habe mit den Arbeitervertretern verhandelt, und das hätte auch der bergbauliche Verein thun können. In dieser Zeit, in welcher sich die Kapitalkräfte zu Syndikaten und Kartellen zusammenschließen, verschwinde das alte Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern mehr und mehr, und da sei es doch nicht unbillig, wenn sich auch die Arbeiter zusammenschließen zu Vereinen und Vertretungen. Wer die Sozialdemokratie bekämpfen wolle, der müsse die berechtigten Bestrebungen der Arbeiter fördern. Der Ministerpräsident hat dringend, die Hoffnungen der Bergarbeiter nicht zu täuschen. Was das Abgeordnetenhaus in Er-

fällung der sozialen Aufgaben, der sozialen Pflichten, um der Gerechtigkeit und Unparteilichkeit willen für die Abstellung der Bergarbeiterbeschwerden thue, das thue es gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen, das thue es für die Monarchie!

Die Rede des Reichszanlers fand nur im Centrum und bei den Freimüthigen Zustimmung, die Konservativen verhielten sich sehr kühl und die Nationalliberalen waren geradezu in Verlegenheit. Die in dieser Fraktion sitzenden Beiden wollen die einseitigen Interessen des Unternehmertums wahrgenommen wissen, während die anderen Mitglieder im Wesentlichen auf dem Boden der Vorlage stehen.

Während der Rede des Ministers für Handel und Gewerbe waren die Konservativen überaus unruhig; zum Theil mag dies auf die Länge der Rede zurückzuführen sein, zum andern Theil aber ließ die Unruhe nur erkennen, wie sehr unangenehm den konservativen Herren die Rede des Handelsministers war. Und doch ist das, was die Vergesetznovelle fordert, bis auf die Arbeiterausschüsse, inhaltlich bereits 1889 von dem bergbaulichen Verein angestanden worden. Es ist erfreulich, daß der Minister hierauf ausdrücklich hinwies. Die Konservativen griffen die Regierung durch den Abgeordneten Dr. v. Heydebrand und der Laja heftig an. Die Regierung würde noch Manches aufklären müssen, da die Begründung der Vorlagen nicht ausreiche. Ueber den sanitären Maximalarbeitsstag wollen die Konservativen mit sich reden lassen, während sie das Bagennullen für eine „ganz verständige Maßregel“ erklärten. Das Nullen sei doch weiter nichts als eine „Beanstandung einer akkordmäßigen Arbeitsleistung“. Die obligatorischen Ausschüsse erscheinen den Herren auch noch bedenklich. Diese Sache bedürfe der „sorgfältigsten Prüfung“. Jedenfalls müßten alle Vorrichtungen getroffen werden, daß die Arbeiterausschüsse nicht Organisationen der Sozialdemokratie würden.

Dem Abg. Schiffer von der nationalliberalen Partei fiel die schwere Aufgabe zu, gleichzeitig die ablehnenden und die zustimmenden Anschauungen seiner Fraktion zu vertreten. Für die freimüthige Volkspartei sprach unser Verbandsanwalt Abg. Dr. Max Hirsch. Die Novelle über den Bergarbeiterchutz komme nicht zu früh, sondern entschieden zu spät. Die Novelle berücksichtige auch nur die einfachsten und selbstverständlichsten Forderungen der Sozialpolitik. Die Bedenken gegen die obligatorischen Arbeiterausschüsse weist Redner entschieden zurück. Einer einseitigen Zusammenziehung möge man vorbeugen durch die Einführung der Verhältniswahl. Die geheime Abstimmung müsse aber unter allen Umständen bestehen bleiben. Die Bestimmung über die Befreiung des Nullens müsse noch dahin ergänzt werden, daß die gefährdete Klasse den Arbeitern nach Gewicht bezaßt werde. Bezüglich des sanitären Arbeitstages müsse verlangt werden, daß der Gedanke desselben auch in allen Konsequenzen streng zur Durchführung käme, daß alle Ursachen der Gesundheitsschädigung wegschleien. Auf der Linken fand diese Rede lebhaften Beifall.

Das Centrum stellte sich mit der Rede des Abg. Dr. Spahn ebenfalls im Wesentlichen auf den Boden der Vorlage. Es verlangte aber die 8stündige Schicht ganz allgemein eingeführt für alle Arbeiter unter Tag. In Uebereinstimmung mit unserem Verbandsanwalt forderte auch der Abg. Spahn die Theilnahme der Arbeiter an der Grubenkontrolle.

In einer nochmaligen Rede am Schluß der gestrigen Sitzung wandte sich der Reichszanler gegen die konservativen und nationalliberalen Einwände. Wenn ihm auf diesen Seiten vorgeworfen werde, daß die Regierung sich mit der Zusage der Arbeiternovelle zu sehr übereilt habe, so sei ihm andererseits doch vom Abg. Dr. Hirsch zu langes Säumen vorgeworfen worden. Das erinnere ihn an Obthe's Wort, daß zwischen Uebereilung und Versäumnis unseres Lebens tief Geheimnis liege. Durch das Eingreifen der Regierung habe die Bergarbeiterschaft Vertrauen zur heutigen Staatsordnung gewonnen, während im anderen Falle die Sozialdemokratie eine neue Krute gehalten haben würde.

Heute werden die Verhandlungen fortgesetzt. —

Ein von allen Bergarbeiterorganisationen gemeinsam veranstalteter Bergarbeiterkongreß ist heute in Berlin zusammengetreten. Der Kongreß will die Stellung der Bergarbeiter zu der Arbeiternovelle zum Vergesetz zum Ausdruck bringen.

Ein Theil der Delegirten, darunter auch die vollzählige Siebenerkommission, besuchte gestern das Abgeordnetenhaus und wohnte auf der Tribüne den Verhandlungen bei.

Der Streik der Fabrikmaschinenmacher in Weissenfels ist noch nicht beendet. Die Friedensverhandlungen, die der Gewerbeinspektor Collins-Mersburg anbahnte, hängen immer noch in der Schwebe. Der Fabrikantenverein verlangte die Wiederaufnahme der Arbeit, bevor in die Verhandlungen eingetreten werde, worauf die Ausständigen nicht eingehen konnten. Um die Verhandlungen zu ermöglichen, zog die Kommission den Generalarif vorläufig zurück und erklärte, daß die Wiederaufnahme der Arbeit erst dann erfolgen könne, wenn die vom Fabrikantenverein in Vorschlag gebrachte Regelung der Lohnfrage mit den einzelnen Fabrikantenschichten gewährt und verbürgt ist. Auf dieser Basis sind nunmehr die Verhandlungen in Gang gebracht. In der Schuhindustrie ist noch kein ähnlicher Fall zu verzeichnen, daß Fabrikanten mit solcher Hartnäckigkeit die von den Arbeitern angebotenen Vergleichsverhandlungen zurückgewiesen haben. Der Verband der Schuh- und Schäftefabrikanten Deutschlands (Vor-

sitzender Kommerzienrath Manz-Bamberg) hat den Weissenfeller Fabrikanten 150 000 Mk. zur Verfügung gestellt, im Bedarfsfalle etwaige Zahlungsverbindlichkeiten zu begleichen. Ausständig waren vorige Woche 2063 Personen. 12 Betriebe ruhen gänzlich. In 28 Betrieben des Fabrikantenvereins stehen 519 Arbeitswillige, meist jugendliche und weibliche Personen, die unter Leitung der Werkmeister die Betriebe aufrecht zu halten suchen. In Weissenfels wird vielfach Stapelwaare für Großfirmen fabrizirt, die stark auf die Preise drücken. Das Ostergeschäft hat der Streik verdorben. Hoffentlich werden die Verhandlungen nunmehr zu einer Einigung führen.

Die Ursache der Arbeitslosigkeit junger Handwerksgejellen sehen die Blätter des Vereins „Dienst an Arbeitslosen“ in den zu hohen Minimallohnen, die sich die Gesellen einzelner Gewerbe erstritten hätten. Die Leistungen junger, unfertiger Menschen reichten gewöhnlich an den Minimallohn nicht heran, und die Arbeitgeber entließen sich daher der jungen Burschen, die eben erst ausgebildet und daher noch keine bedeutende Uebung hätten.

„Ganze Schaaren solcher jungen Gesellen bevölkern daher die Landstraßen, Kfale, die Herbergen und auch unsere Schrippentische und Zufluchtsställe. Fragt man z. B. so einen Heimling in unserem Jugendheim, dessen ungeschicktes Gesicht und dessen ganzes Benehmen noch einen knabenhaften Charakter trägt, nach seinem Handwerk und nach seinem Verdienst, so hört man wohl die Antwort, daß der 17- oder 18jährige junge Mann, der sich bei uns als „Kind des Hauses“ ohne Lohn ganz wohl fühlt, etwa Schloffer, Feltenbauer oder dergl. gelernt und als Geselle 20, 25, 30 Mk. die Woche verdient hat. „Aber was hast Du mit diesem vielen Gelde gemacht?“ fragt man ihn dann. „Ja“, sagt er, „ich war ja nur vier Wochen in Arbeit als Geselle, und dann bin ich entlassen worden.“ Ein 17jähriger Bursche bezeichnete sich einmal als „fugenloser Fuhbodenleger“ und verbesserte sich dann, als man ihn lächelnd aufmerksam machte, dahin, daß er „Rumpfuhbodenleger für fugenlosen Fuhboden“ sei. Der kleine Kerl behauptete, 86 Mk. die Woche verdient zu haben. Er wurde von uns aus wieder in Stellung gebracht, mußte sich aber mit einem seinen Jahren befreit entsprechenden Lohn von 12-15 Mk. begnügen. Das Arbeitsbuch solcher jungen Gesellen beweist, daß sie in der That nirgend lange geblieben sind, und man darf ihnen glauben, wie wir oben ausgeführt haben, daß sie auch wegen des hohen Lohnes, den sie zu fordern durch ihre Kameraden gezwungen sind, niemals so schnell wieder entlassen werden. Den Arbeitgebern ist es kaum zu verdenken, wenn sie die jungen Leute entlassen; diese aber gehen dadurch leicht für Zeit und Ewigkeit zu Grunde, wenn sie in den Strom der Bagabondage versinken.“

Ob die Ursache der Arbeitslosigkeit junger Handwerksgejellen thatsächlich bezw. allein in den angeblich zu hohen Minimallohnen liegt, darf nicht ohne weiteres als feststehend hingenommen werden. Die Arbeitslosigkeit junger Handwerksgejellen ist vielfach auch darauf zurückzuführen, daß in manchen Betrieben die Zahl der Lehrlinge eine unverhältnismäßig große ist, die den Ausgelernten dann immer gleich durch einen neuen Lehrling ersetzt.

Die Frage, ob ein Versicherter berechtigt sei, das nach § 18 des Invalidenversicherungsgesetzes mit seiner Einwilligung eingeleitete Heilverfahren zu unterbrechen und die Krankenanstalt zu verlassen, hat das Reichsversicherungsamt in einer Revisionsentscheidung, die einen Württemberger betraf, in verneinendem Sinne entschieden. Der von dem Kläger in der Revisionsinstanz geltend gemachte Grund, daß er keine Besserung gespürt und sich auch wegen der Sehnsucht nach seiner Frau und seinen sieben Kindern in der Heilanstalt nicht habe erholen können, rechtfertigt, was in der Urtheilsbegründung erhoben wird, die Unterbrechung des Heilverfahrens nicht, weil der Kläger seine eigene Ansicht über den Erfolg der Kur nicht über das fachverständige Ermessen der behandelnden Aerzte stellen durfte und mit Rücksicht darauf, die Sehnsucht nach seiner Frau und seinen Kindern überwinden mußte. — Das ist eine recht bürokratische Auffassung.

Bei einigen Berufsgejensschaften ist die Zahl der fremdsprachigen Arbeiter verhältnismäßig hoch, und es liegt die Gefahr vor, daß diese Arbeiter die in deutscher Sprache erlassenen Unfallverhütungsvorschriften bei ungenügender Kenntniß des Deutschen nicht verstehen können, wodurch der Zweck der Vorschriften theilweise vereitelt werden würde. Um dem vorzubeugen, sind bei zu genehmigten Änderungen oder Neufassungen der Unfallverhütungsvorschriften solcher Berufsgejensschaften Bestimmungen aufgenommen worden, nach denen die fremdsprachigen Arbeiter in den Betrieben dieser Berufsgejensschaften nur dann beschäftigt werden dürfen, wenn sie genügend deutsch verstehen und deutsch sprechen können, um mündliche Anweisungen ihrer deutschen Vorgesetzten und Mittheilungen ihrer Mitarbeiter richtig aufzufassen und die in deutscher Sprache erlassenen Unfallverhütungsvorschriften zu verstehen.

In den katholischen Landesteilen wirken die vielen Feiertage störend auf das Erwerbsleben. Die Unternehmer ziehen in der Regel den Gesellen und Arbeitern jeden Feiertag abendrein vom Lohn ab, so daß auch eine direkte Schädigung der Arbeiter damit verbunden ist. Nun haben sich vor Kurzem die bairischen Handwerkerfamervorstände mit der Frage beschäftigt, ob die kleinen katholischen Feiertage nicht auf den ihnen nächsten Sonntag zu verlegen wären, sie haben die Verlegung aber abgelehnt. Die Frage hat auch in anderen Kreisen Erörterung erfahren, was daraus her-

Mittagspause ab. Als erster Referent sprach unser Kollege Seig-
 Söggingsen. In feierlicher Weise kritisierte er die Mißstände in Folge der
 Eintheilung, daß ein Theil der hiesigen Fabriken von 12-1 Uhr, der andere
 von 11-12 Mittagspause hat. Es ist dadurch nahezu 100 Familien nicht
 möglich, gemeinsam Mittag zu essen. Scharf machte Redner den Herrn
 Kommerzienrath v. Stieber hierfür verantwortlich und betonte, daß es wohl
 nur der Ausdruck des Herrenstandpunktes sei, daß er an dieser, der Mittags-
 pause von 11-12 Uhr, festhalte und den Forderungen der Arbeiter und
 Bürger um Verlegung auf die Zeit von 12-1 Uhr nicht nachgäbe. Als
 Referent von den Gewerkschaften war Hans Heinrich Nürnberg erschienen.
 Derselbe erklärte sich mit den Ausführungen unseres Kollegen einverstanden,
 ging ebenfalls mit Herrn Kommerzienrath v. Stieber scharf ins Gericht und
 konnte dann nicht umhin, sein ganzes gewerkschaftliches Programm zu ent-
 wickeln und hätte dies bald den ganzen Zweck der Versammlung vermischt.
 An der Diskussion beteiligte sich nur unser Ortsverbandsvorsitzender Heusch
 und forderte die Arbeiter auf, sie möchten aus das Verhalten dieser Arbeit-
 geber die richtige Antwort geben und sich organisieren, denn nur dadurch sei
 es möglich, Mißstände zu beseitigen. Folgende Resolution wurde ein-
 stimmig angenommen: Die heute vom Ortsverband der Gewerksvereine und
 dem Gewerkschaftsartell einberufene, aus allen Kreisen der Bevölkerung
 außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung bebauert lebhaft, daß sich
 einige Firmen bisher nicht entschließen konnten, die Arbeitszeit so zu regeln,
 daß die Arbeiter eine gleiche Mittagspause von 12-1 Uhr haben. Die
 Versammlung erhebt einstimmig Protest gegen diese Rücksichtslosigkeit, erwartet
 eine entsprechende Aenderung und empfiehlt den Arbeitern als erstes und
 bestes Hilfsmittel den Anschluß an die bestehenden Organisationen. Wir
 hoffen nun, da jetzt ein so großer Theil der hiesigen Einwohner zu dieser
 Frage Stellung genommen hat, daß sich dieselbe recht bald zum Wohle der
 Arbeiterfamilien regeln wird. Eine hübsche Anzahl von Mitgliedern für den
 Gewerksverein wurde gewonnen. Auch der streikenden Bergarbeiter wurde
 gedacht und ist der Beitrag bereits abgefanbt

Paul Kühnlein, Schriftführer.

Gewerksvereins=Theil.

§ Breslau. Ein Führer des Metallarbeiter-Ver-
 bandes an Prager. Vielen Verbandskollegen dürfte wohl dem
 Namen nach der Bezirksleiter des hiesigen Metallarbeiter-Verbandes, Schlegel,
 bekannt sein. Hat doch das Benehmen dieses „Patentgewerkschaftlers“ schon
 oft unseren Kollegen Gelegenheit geboten, mit seinem Namen ein Wortspiel
 zu treiben, das eine treffende Charakteristik seiner Persönlichkeit abgibt.
 Und in der That beweist dieser Held immer wieder von Neuem, daß ihm die
 elementarsten Anfangsgründe parlamentarischer Ausdrucksweise mangeln; ver-
 sucht immer wieder, das, was ihm Mutter Natur an Geistesgaben verlagert
 hat, durch ein unbegrenztes Quantum Frechheit in der Ausdrucksweise zu
 verdecken. Man muß ihn gehört haben, diese Zeugnisse der Organisation, man
 muß es mit angesehen haben, wie er in der Debatte, an jedem dritten Worte
 lewend, beim Herausbringen deselben mit den Armen durch die Luft fährt,
 als ob ein Hegeleisch herüberläuft, um die ganze Erbärmlichkeit dieser
 „Hiebe des Metallarbeiter-Verbandes“ begreifen zu können. In Hannover
 unumgänglich geworden, wurde diese „rednerische Kraft“ nach Breslau abge-
 schoben, wohl in der Hoffnung, daß durch den Wechsel des Klimas sein
 stereotyper Stocksprunghaus sich lösen und daß in Schlesiens Weiden ihm
 endlich die nöthige Anstandsbinde verabreicht werden würde. Diese Hoffnung
 der Genossen hat der Held getäuscht. Ja, er hat es sogar fertig gebracht,
 eine neue Eigenschaft an sich entdecken zu lassen, die ihn für fernere
 agitatorische Thätigkeit auch hier in Schlesiens unmöglich machen dürfte. Zur
 Frechheit hat er auch noch die Feigheit sich zu Eigen gemacht. Dies trat
 überraschend in der am 23. März vom Ortsverband zu Freiburg er-
 berufenen öffentlichen Gewerksvereinsversammlung zu Tage. Diese Versamm-
 lung war anberaumt, um Aenderung mit ihm vorzunehmen über eine
 Schmach, die er unseren Kollegen dort zugefügt hatte. Gelegentlich einer
 Versammlung des Metallarbeiter-Verbandes hatte dieser Mensch es fertig
 gebracht, auf den Vorschlag eines seiner Genossen, mit den Gewerksvereintem
 bei eventueller Arbeiterbewegung Hand in Hand zu gehen, die Gewerks-
 vereintem Lumpenpack und Lumpengesindel zu titulieren und vor einem Zusammen-
 gehen mit ihnen gewarnt. Dies hatte das Maß unserer Geduld mit der
 rednerischen Unmündigkeit dieses Helden denn doch zum Ueberlaufen gebracht.
 Vom Centralrathe war ich zu dieser Versammlung, zu welcher die Metall-
 arbeiter-Verbandsleiter direkt eingeladen waren, entsandt worden, und gespannt
 warteten wir auf das Erscheinen des „arroganten Schlegel“. Endlich kam der
 Held an, wie er später verrieth, nicht aus eigenem Antrieb, sondern auf dieses
 Drängen seiner Kollegen. Also selbst hatte dieser Mensch nicht einmal so viel
 Muth für das Gesagte auszusprechen, seine eigene Genossen mußten ihm
 erst diese moralische Pflicht beibringen. Wirklich ein prächtiger Beweis für
 seine Befähigung als Arbeiterführer. Am Schlusse meines Referates über
 unsere Aufgaben und Leistungen zur wirtschaftlichen und geistigen Hebung
 der Arbeiterklasse nahm ich mir diesen Durcheinander vor, der wie ein Zammer-
 lappen dasaß, und von mir in seiner ganzen „geistigen Größe“ den anwesenden
 Frauen und Kollegen gezeigt wurde, zuletzt ihm zureufend, daß Derjenige,
 welcher einen anderen wider besseres Wissen einen Lumpen heißt, wohl selbst
 der größte Lump auf Gottes Erdboden sein müsse. Schade, daß mir augen-
 blicklich kein Moment-Apparat zur Verfügung stand, das Gesicht dieses
 Helden hätte ich gern auf die Platte gebracht. So mag in früheren Zeiten
 ein Säuberer am Schandpfahl ausgelesen haben wie dieser Agitator des
 Metallarbeiter-Verbandes. Als er nun das Wort zur Vertheidigung erhielt,
 versuchte er mit dreifachem Stillsitzen abzulegen, wurde aber durch Zu-
 rufe von Jungen seiner Schandworte berant in die Enge getrieben,
 daß er endlich bestimmen mußte, diese Ausbrüche gebraucht zu haben. Nun
 folgte ein Bestammeln von Anschuldigungen gegen die Gewerksvereine, ein
 Sammelfurium von politischem und wirtschaftlichem Gewäsch, das als Ent-
 schuldigung seiner Frechheit dienen sollte. Die seltsamen Fritsche und v. Schweiger,
 Kiern, Geynau, Torgelow, alles wurde durcheinander geworfen, bis er end-
 lich vom Vorsitzenden energisch zur Sache gerufen wurde. Da trat die ganze
 Erbärmlichkeit dieses Menschen klar hervor. Er wußte, daß ich nun das
 Wort ergreifen würde, er wußte auch, daß keiner seiner Genossen im Stande
 war, ihm zu Hilfe kommen zu können, und — „gab das Signal
 zum Rückzuge“. Die Aufforderung des Vorsitzenden bei der Sache zu

bleiben, mußte den Deckmantel für seine Feigheit abgeben, denn nun
 entspann sich die bekannte „R-defreibeidette“. Mit dem Rufe, er lasse
 sich seine Maulbinde vorlegen, forderte er die Genossen auf, mit ihm den
 Saal zu verlassen, mußte es allerdings erleben, daß er diese Aufforderung
 zweimal wiederholen mußte, ehe man sich zu dem „Gammelsprung“ entschloß.
 Armer Metallarbeiter-Verband, der sich solche Führer gefallen lassen muß!
 So sammelte sich denn eine kleine Schar von 15-20 Genossen um ihren
 „Kuropastin“ und wanderte fürbaß. Nun, das Urtheil über diesen Führer
 wird nicht allzu günstig in dem Kriegsrathe der Genossen ausgefallen sein.
 Sie werden, sie müssen gemerkt haben, was für eine „rednerische Kraft“ sie
 an diesem „Schlegel“ besitzen. Ist kein Gegner da, dann wird das Maul
 aufgerissen, dann wird dramatisirt, man könne die Segner jederzeit ver-
 schlingen, wenn man nur wolle, hat man aber Auge in Auge dem Segner
 Rede und Antwort zu geben, dann ist für solche „Maulhelden“ der Rückzug
 der bessere Theil der Tapferkeit. Nun, nur zu, nur weiter so „Schlegelhaft“
 aufzutreten, uns kann recht sein, denn jeder unorganisirte Kollege muß aus
 solchem ermüthlichen Verhalten die Lehre ziehen, daß er in diese Kreise nicht
 hineingehört.

Johannes Dornblüth.

Verbands=Theil.

* Verbandshaus der Deutschen Gewerksvereine.

Telephonisch kann durch Amt VII, Nr. 4720 gesprochen werden
 mit dem
 Verbandsbureau und Redaktion „Der Gewerksverein“,
 Gewerksverein der Tischler und Redaktion „Die Ecke“,
 Gewerksverein der Schuhmacher und Lederarbeiter und Redaktion
 „Der Lederarbeiter“,
 Gewerksverein der Klempner und Metallarbeiter und Redaktion „Die
 Metallarbeiterkorrespondenz“,
 Central-Arbeitsnachweis der Berliner Gewerksvereine,
 E. Jordan, Agitationsleiter der Maschinenbauer.
 Auf Anruf Amt VII, Nr. 4720, meldet sich das Verbands-
 bureau und verbindet dann die Leitung mit der gewünschten Sprechstelle.
 Das Bureau des Centralrats. Fr. Kienstedt.

Verband der Deutschen Gewerksvereine (Hörsch-Danker).

10. Sammelliste*)
 für die streikenden Bergarbeiter und andere durch den Streik
 ausaespernte Arbeiter.
 Deutsche Frauen: Danzig Mk. 10,00. Fabrik- und Handarbeiter:
 Leobschütz 3,20 Kaufleute: Magdeburg 10,00, Stettin 12,85. Maschinen-
 bau- und Metallarbeiter: Berlin V 4,55, Berlin VIII 25,80, Sordel
 12,50, Eßtau 22,00, Rattowitz 14,95, Binast 11,50, Oberhausen II 7,00,
 Wirtzen 30,00, Zehdenitz 7,50. Schneider: Thorn 5,00. Privat:
 Bezirksverein der Schönhauser und Prenzlauer Vorstadt 30,00. Summa
 Mk. 196,85. Bereits quittirt Mk. 44453,55. Insgesammt Mk. 44650,40.
 *) Bitte nunmehr um schnelle Einendung der
 restlichen Sammelgelder einschließlich der Listen, dacie
 Sammlung abgeschlossen werden soll.
 Berlin, 27. März 1905.

R. Klein, Verbandskassirer.
 Berichtigung. In Sammelliste 5 statt Maschinenbauer —
 Deutsche Frauen Greifswald 7,00 Mk.
 In Sammelliste 3 statt Kaufleute Sudau — Magdeburg 10,00 Mk.

* Brandenburgisch-Lausitzer Ausbreitungsverband.

Borort Forst i. L.
 8. Vorstandssitzung am 19. März 1905.
 Der Vorsitzende eröffnet dieselbe 9 Uhr 20 Min. Abends. Anwesend:
 Bierhub, Funke, Wenzel, Fischer und als Gast Genosse Borkenhagen, welcher
 auf Einladung erschienen ist. In der vorigen Sitzung wurde Genosse Ruzg
 als Vorstandsmittglied gewählt, derselbe ist aber inzwischen nach Sommerfeld
 verzogen, deshalb muß eine Neuwahl vorgenommen werden. Genosse Borken-
 hagen wird einstimmig als neues Vorstandsmittglied gewählt und verpflichtet
 sich, dieses Amt thätig zu versehen. — Sodann wird von folgenden
 Schriftstücken Kenntniß genommen: Eine Karte vom Ortsverband Finster-
 walde, worin Genosse Gustav Linke als auswärtiges Ausschussmittglied ge-
 meldet wird. Desgleichen ein Brief vom Genossen Carl Ulrich-Spremlerg,
 worin derselbe seine Wahl als auswärtiges Ausschussmittglied anzeigt und zu
 gleicher Zeit den Beitritt des dortigen Diskussionsklubs zum Ausbreitungs-
 verband meldet. Der Vorsitzende berichtet hierzu, daß diese Schreiben beant-
 wortet worden sind und daß auch alle bis jetzt gemeldeten auswärtigen
 Ausschussmittglieder genaue Anweisungen erhalten haben, um nun thätig für
 unsere Sache agitieren zu können. — Sodann wird ein Brief vom Genossen
 Kiemann gelesen, worin derselbe meldet, daß er von Betschau nach Rallwitz
 (Kr. Spottau) verzogen ist und will auch dort für unseren Verband thätig
 weiter agitieren. Demselben soll diesbezüglich schriftlich geantwortet werden.
 Demzufolge haben die Vereine in Betschau nochmals ein Ausschussmittglied
 zu wählen. — Ferner theilt Genosse Brensch-Frankfurt a. Oder mit, daß
 seine Anmeldung als Ausschussmittglied auf Irrthum beruht und ist als Aus-
 schussmittglied für Frankfurt nur Genosse Schünow angemeldet. Hierauf wird
 noch über angefangene Agitation in der Umgegend gesprochen und soll auch
 ein neuer Ort nächstens besucht werden. Max Bierhub, Vorsitzender.

* Rheinisch-Westfälischer Ausbreitungsverband.

Protokoll der 3. Vorstandssitzung am 15. März, Abends 9 Uhr, im
 Sekretariat.
 Anwesend sind Hegler, Gieseler, Billemeit, Warhus, sowie der Arbeiter-
 sekretär; Moritz fehlt entschuldigt. Es wird berichtet über den Bergarbeiter-
 streik, über Eigenthümlichkeiten im Bureau des Centralrats,*) über die vor-

*) Selbstsendungen an den Verbandskassirer Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/222.

**) Eigenthümlichkeiten im Bureau des Centralrats! Das diese Be-
 merkung besagen soll, ist uns unbekannt. Eine klarere Ausdrucksweise wäre
 wünschenswert gewesen. Bureau des Centralrats.

borgeht, daß die bayrischen Fabriken- und Gewerbeinspektoren in ihren jüngsten Berichten darauf eingehen. Aus dem Kreise Unterfranken, der 79,88 pCt. Katholiken hat, wird hierüber berichtet:

Ein weiterer Wunsch, der namentlich von den Fabrikanten immer wieder laut wird, ist die Verlegung der kleineren Feiertage auf die Sonntage. Es müssen die Schwierigkeiten, welche den Unternehmern durch die vielen Feiertage, namentlich in der Steinindustrie, erwachsen, ausgeglichen werden. Von Unternehmern wird betont, daß tüchtige, fleißige Arbeiter in Unterfranken wegen der vielen Feiertage und des denselben dadurch entgehenden Verdienstes seltener zu haben sind als in den angrenzenden Ländern mit weniger Feiertagen. Deutlicher kann sich eine offizielle Stelle nicht für die Verlegung der kleinen Feiertage — je nach den Orten 9—12 im Jahre — auf die Sonntage aussprechen. Der zweite Bericht aus Schwaben, wo 85,37 pCt. Katholiken sind, sagt kurz: „Die vielen Feiertage sollen nach Thunlichkeit abge schafft werden.“ Außerdem haben sich die Handelskammern von Unterfranken und Oberbayern in den letzten Monaten für die Verlegung dieser kleinen, aber eifrigst eingehaltenen Feiertage ausgesprochen; ja sogar der jüngst verstorbene Erzbischof von Bamberg, Schork, hat sich in demselben Sinne geäußert. Wer in der Geschichte Bescheid weiß, so bemerkt die „Frankf. Zig.“, dem ist bekannt, daß ein Kurfürst und Erzbischof von Mainz selbst es war, Emmerich Josef, der im Jahre 1769 18 selbstständige Feiertage in seinem Reiche, wozu ein nicht unbedeutender Teil des heutigen Unterfranken gehörte, auf die vorangehenden Sonntage verlegte, damit die erzbischöflichen Lande nicht gegen die umliegenden weltlichen Gebiete im Erwerbsleben eingeschränkt seien.“ Und da kommen die Handwerker und stimmen für die Erhaltung des alten Schlenndrians.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände für das Jahr 1904.

Ortsverband Burg.

Der Ortsverband erlebte seine Geschäfte in 5 Ausschusssitzungen und 3 Versammlungen. Der Ortsverband besteht gegenwärtig aus 3 Ortsvereinen und hat eine Mitgliederzahl von 128 und zwar Fabrik- und Handarbeiter 70, Schuhmacher und Bedenarbeiter 49, Tischler 9. Die erste Versammlung beschloß ein Vergnügen, welches zur allgemeinen Zufriedenheit ausgefallen ist. Die zweite Versammlung beschäftigte sich mit den Anträgen zum Verbandstage in Hannover. In der dritten Versammlung wurden die Referate von den Verbandstageabgeordneten Hübner, Hahn und Legerloh entgegen genommen, ersterer referierte über die Arbeitskammern, Hahn über die Tarifverträge und Koalitionsfreiheit und Legerloh über die Heimarbeiterbeschäftigung. Die Vorträge wurden mit Beifall aufgenommen und es entspann sich daran eine lebhafteste Besprechung. Von einer in Aussicht genommenen öffentlichen Versammlung wurde Abstand genommen, weil der gewünschte Redner nicht zur Verfügung stand. Der Versammlungsbeschluss war außer der ersten ein nur mäßiger; in der ersten waren 54, in der zweiten 12 und in der dritten 21 Mitglieder anwesend. Das Vermögen des Ortsverbandes betrug am Schlusse des Jahres 566,67 Mk. Im neuen Jahre soll eine Tätigkeit in der Umgegend zwecks Gründung neuer Ortsvereine in die Wege geleitet werden.

G. R.

Ortsverband Duisburg.

Der Ortsverband erlebte seine Geschäfte in 12 Vertreteritzungen, 5 Versammlungen und 4 kombinierten Ausschusssitzungen. Der Anfang des Jahres beschäftigte uns mit der Gewerbeberichts wahl, welche am 6., 7. und 8. April stattfand und leider, trotz intensiver Agitation, mit einem Misserfolge für uns endete. Im Mai wurde die Wahl eines neuen Ausschusses wegen Wechsel der Vertreter notwendig. Im Juli feierte der Verband sein Stiftungsfest. Es wäre wünschenswert gewesen, daß auch bei dieser Gelegenheit die Verbandsgenossen ihren Pflichten besser nachgekommen wären, denn der weitaus größte Teil glänzte durch Abwesenheit. In der Sitzung vom 7. September wurde beschlossen, einen Diskussionsklub zu gründen, welcher auch noch in demselben Monat ins Leben trat. In der Sitzung im Oktober wurde beschlossen, die dem Verband angehörende Ortsvereine abwechselnd zu besuchen, welches von sämtlichen Ortsvereinen mit Freuden begrüßt wurde. In der ersten Versammlung sprach Kollege Fiegler-Düsseldorf über die Aufgaben des nächsten Verbandstages, in der zweiten Kollege Gieseler über Gewerbegerichte, in der dritten Kollege Schumacher über Arbeitskraft und Arbeitszeit, in der vierten Kollege Jakob über Zeitungsfrage und in der fünften Kollege Stegmann über Krankenversicherungsgesetz. Leider muß auch auch konstatiert werden, daß die Vertreter einiger Ortsvereine es das ganze Jahr nicht für nötig gefunden haben, die Vertreteritzungen zu besuchen. Stets vertreten waren die Ortsvereine: Maschinenbauer Duisburg I, Maschinenbauer Wanheimerort, Tischler, Tischler und Textilarbeiter-Duisburg. Nicht vertreten waren die Ortsvereine Bäcker und Konditoren und Maschinenbauer Buchholz. Deshalb möchten wir doch bitten, solche Kollegen als Vertreter zu wählen, welche auch ihre Pflichten als Vertreter erfüllen.

Heinz Schneider, Schriftführer.

Ortsverband Glad.

Bei der am 5. Juni 1904 vom D. V. Steinwieg abgehaltenen außerordentlichen Versammlung, zu welcher Kollege Reußfeld-Striegenau, der damals noch als Agitationsleiter des 8. Bezirks fungierte, als Referent erschienen war, wurde mit Hilfe dessen der Ortsverband Glad gegründet. Die Geschäfte wurden in 3 Ausschusssitzungen und 3 Versammlungen erledigt; letztere konnten freilich besser besucht sein, was im Jahre 1905 dringend zu wünschen ist. Die Agitation für die Deutschen Gewerkschaften (D. G.) zeigt auch hier ein sicheres Vorwärtskommen, dieses beweist der am 1. Februar 1904 neugegründete D. V. der Deutschen Maschinenbau- und

Metallarbeiter Steinwieg, der seit der Gründung bis zum Schlusse des Jahres von 20 auf 42 Mitglieder gestiegen ist. Dieses ist ein Zeichen, daß auch hier Einsicht vorhanden ist, daß Recht der Arbeiter durch die Organisation zu wahren und zu schützen.

Möge das, was geschaffen ist, mit Hilfe Aller wachsen und gedeihen. Zu unserem Ortsverband gehören 3 Ortsvereine mit 99 Mitgliedern. So wollen auch wir im Jahre 1905 mit unserer Agitation nicht zurückbleiben, denn es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, Unorganisirte über die Leistungen der Deutschen Gewerkschaften (D. G.) aufzuklären, um diese aus ihrem Dunkel herauszuführen, was in unserer Grafschaft Glad recht notwendig ist. Johann Eigen, Verbandschriftführer.

Ortsverband Grefswald.

Der Ausschuss erledigte seine Geschäfte in 4 Sitzungen. Außerdem wurden 4 ordentliche und eine außerordentliche Verbandsversammlung abgehalten. Es wurde am 15. Januar noch eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung anberaumt, zu welcher Herr Hüttner vom Norddeutschen Ausbreitungsverband als Referent erschienen war. Herr Hüttner referierte über den Werth der Organisation und fand großen Beifall.

J. Barnte, Sekretär.

Ortsverband Hohenmölsen und Umgegend.

Wie im verflohenen Jahre, so mußte auch in diesem Jahre wieder eine rege Tätigkeit entfaltet werden, um die Organisation innerhalb wie außerhalb zu fördern und zu entfallen. Die Geschäfte wurden erledigt in 4 Ausschusssitzungen und 3 Generalversammlungen. Öffentliche Versammlungen fanden statt am 20. Februar in Hohenmölsen und am 21. Februar in Tschirn. Als Referent zu denselben war Herr Verbandsobmann Klavon-Berlin erschienen. Ferner am 15. Mai in Taucha, zu welcher die Verbandsgenossen Wettin-Burg und Spröde-Halle als Referenten erschienen waren. Diese Versammlung hatte lediglich den Zweck, die Angriffe der Vertreter der sogenannten „Meißener Unterstützungskasse“ abzuwehren. Zu demselben Zwecke mußte ebenfalls am 9. Oktober eine Versammlung in Runtzsch abgehalten werden, wozu als Referent Verbandsobmann Herberger-Halle erschienen war. Ferner fand am 11. Dezember eine öffentliche Gewerkschafts-Versammlung in Deumen statt, in welcher ebenfalls Verbandsobmann Herberger referierte. Am 4. April wurde eine vom Generalrat der Fabrik- und Handarbeiter zu Burg einberufene kombinierte Sitzung in Hohenmölsen abgehalten, um die Verhältnisse in der Krankenkasse einer Besprechung zu unterziehen. Eine zweite komb. Versammlung fand am 20. Oktober in Hohenmölsen statt, welche vom Ortsverbande einberufen war. Am selben Tage fand außerdem noch in Wildschütz eine Gewerkschaftsversammlung statt, welche sehr gut besucht war. Der Agitationsverband Weitzenfels hatte den Verbandsobmann Seger-Weitzenfels als Referenten zu derselben entsandt. Gleich zu Anfang des Jahres wurde der Austritt aus dem Thüringer Ausbreitungsverbande beschlossen, um die Agitation mehr im näheren Umkreise betreiben zu können. Eine Agitationsreise wurde unternommen nach Großgörschen. Am vorletzten Quartal ist der D. V. Theigen aus dem Ortsverbande ausgetreten. Der Besuch der Ortsverbandsversammlungen hat sich im verflohenen Jahre erfreulicherweise sehr gehoben, und daraus ist zu ersehen, daß unsere Sache mit Interesse verfolgt wird. Auch ist eine Zunahme der Mitglieder in den Ortsvereinen zu verzeichnen, namentlich sind es die Ortsvereine Wildschütz und Nauendorf, welche sich einer guten Zunahme erfreuen. Die lebhafteste Tätigkeit der Ortsvereineauschüsse an beiden Orten soll hier nicht unerwähnt bleiben. Am 31. Juli wurde das 20jährige Stiftungsfest des Ortsverbandes in Hohenmölsen gefeiert. Wir können nun das verflohenen Jahr für unsern Verband als ein gutes gelten lassen, immerhin muß das neue noch besser werden. Joseph Gustav Busch, Schriftführer.

Ortsverband Hohnstein.

Es ist jetzt schon ein Jahr vergangen, seitdem unser Ortsverband gegründet worden ist. Die Gründung ging damals vor sich auf Wunsch der drei hiesigen Ortsvereine mit der Voraussetzung, daß dadurch die Agitation eine thätigere werde. Durch die Organisation, wie wir sie in den Gewerkschaften haben, kann die wirtschaftliche Lage der Arbeiter erheblich verbessert werden. An reger Tätigkeit haben wir es nicht fehlen lassen. Vorträge wurden gehalten: 1. über die Ursachen der traurigen Lage der Arbeiter und den Weg zur Besserung; gehalten von Bänisch-Hohnstein; 2. über die Tarifverträge und ihre Bedeutung; gehalten von Huth-Belpzig; 3. über: Warum sollen wir uns organisieren? gehalten von Hambsch-Hohnstein; 4. über: Eigene Erlebnisse im Feldzuge 1870/71; gehalten von Schubert-Hohnstein; 5. über die Verhandlungen des Hannoverischen Verbandstages; gehalten von Berndt-Dresden; 6. über: Der Arbeiterbund und seine Lage; gehalten in Hohnstein von Bänisch-Hohnstein; 7. über: Die Unternehmerverbände und Berufsorganisationen; gehalten von Berndt-Dresden in Breitenbach und Hohnstein. Ein Vortrag des Herrn Gleichauf-Berlin in D. V. der Maschinenbauer wurde auch vom Ortsverband besucht. Durch rührige Mitglieder wurde die Errichtung einer Agitationskommission angeregt. Die Sache kam auch zu Stande, war aber nicht von langer Dauer. Die ganze Arbeit bleibt also wieder dem Ausschuss. Wir haben 25 schriftliche Eingänge und 48 Ausgänge zu verzeichnen. Unsere Mitgliederzahl betrug 228. Am 1. Oktober trat der D. V. der Schuhmacher und Bedenarbeiter Hohnstein dem Ortsverbande bei, so daß am Schlusse des Jahres 4 Vereine angeschlossen waren. Es wurden ein Sommerfest, woran sich Jung und Alt beteiligten, und ein Stiftungsfest abgehalten. Der Ortsverbandsauschuss glaubt seine Pflicht für unsern Verband gethan zu haben; die Mitglieder haben dies anerkannt, da sie bei der Neuwahl die alten Vorstandsmitglieder wiedewählten. Hoffentlich kommen wir auch im neuen Jahr ein thätig Stück vorwärts. R. Bänisch, Schriftführer.

Ortsverband Roth a. E.

Der Ortsverband besteht aus 2 Ortsvereinen. Derselbe erledigte seine Geschäfte in 6 Sitzungen, 2 Versammlungen und einer kombinierten Sitzung. Als erste im neuen Jahr hielt am 29. Januar der Ortsverband mit dem Gewerkschaftsartikel eine öffentliche Protestversammlung gegen die ungleiche